

Kann die Welt Künstliche Intelligenz bändigen?

Diese Woche werden zwei entscheidende Weichen in Sachen KI gestellt. Doch Verbände und Wissenschaftler:innen sehen problematische Parallelen

Von **Svenja Bergt**

In diesen Tagen setzen sich in Straßburg die Vertreter:innen des Europarats und ausgewählte Nichtmitglieder aus Staaten wie USA, Japan und Kanada zusammen, um eines der größten Abkommen zu künstlicher Intelligenz zu verhandeln: die KI-Konvention des Europarats. Im Zentrum die Frage: Wie soll und kann die Technologie verbindlich und trotzdem global möglichst breit reguliert werden?

Die Verhandlungen im Europarat standen bislang im Schatten der EU. Denn auch diese hat ein Regelwerk für KI erarbeitet. Diese Woche Mittwoch stimmt das Parlament abschließend darüber ab. Das Votum gilt als Formsache – nachdem es in den vergangenen Monaten selbst nach der offiziellen Einigung von EU-Kommission, Parlament und Mitgliedstaaten im Dezember noch eine ganze Reihe an Konflikten gab. Im Zentrum standen dabei die Vorgaben für die Wirtschaft – hier hatte unter anderem die FDP auf den letzten Metern Bedenken angemeldet – und die Auswirkungen auf Bürgerrechte. Letztlich haben sich die EU-Mitgliedstaaten mit ihrem Interesse an Überwachungsaktivitäten durchgesetzt, zum Beispiel, was die biometrische Gesichtserkennung angeht. Die neuen EU-Regeln teilen KI-Systeme in Risikoklassen ein und sehen je nach Einstufung strengere oder mildere Vorgaben vor. Gelten sollen sie ab Frühjahr 2026 – für die Übergangszeit hofft die EU-Kommission auf freiwillige Zusagen der Unternehmen.

Während der AI Act mit den 27 EU-Mitgliedstaaten schon als bislang größtes verbindliches Regelwerk für KI gilt, könnte der Europarat es mit seiner Konvention noch toppen: Kommt es zu einer Einigung, würde sie nicht nur die 46 Staaten des Europarates betreffen, sondern auch weitere an den Verhandlungen beteiligte Länder, etwa Mexiko, Japan und die USA. Damit könnte die Konvention die KI-Regulie-



Proteste gegen eine Überwachung mit KI-Gesichtserkennung anlässlich eines Pilotprojekts im Berliner Bahnhof Südkreuz
Foto: Stefanie Loos

rung werden, die die größte Zahl an Menschen betrifft. Im Unterschied zum AI Act der EU soll die Konvention zwar Regeln vorgeben, aber weniger ins Detail gehen. Vielmehr soll sie einen Rahmen setzen, den die Staaten jeweils an ihr eigenes rechtliches System anpassen. Zum Beispiel könnten Einspruchsmöglichkeiten für Betroffene von KI-Entscheidungen festgeschrieben werden – wie diese dann umgesetzt werden und welche Strafen drohen, bliebe den Nationalstaaten überlassen.

Doch zu der abschließenden Verhandlungsrunde waren Vertreter:innen der Zivilgesellschaft: Die Pläne, wie sie sich derzeit abzeichnen, würden den Staaten viel Spielraum lassen, die Technologieunternehmen milde bis gar nicht zu regulieren. „Das würde ein gefährliches Signal senden: Das erste internationale Regelwerk zu KI könnte so den Konzernen einen Freifahrtschein erteilen, KI ihren eigenen Interessen gemäß zu entwickeln und einzusetzen“, kritisiert Angela Müller von der Bürgerrechtsorganisation AlgorithmWatch.

Und auch eines der Schlupflöcher aus dem AI Act droht die Konvention zu reproduzieren: Breite Ausnahmen für die nationale Sicherheit. So stehen im Entwurf für die KI-Konvention im Abschnitt zum Thema nationale Sicherheit verschiedene Formulierungsoptionen. Eine davon: „Eine Vertragspartei ist nicht verpflichtet, dieses Übereinkommen auf die Ausge-

„Das würde ein gefährliches Signal senden“

Angela Müller, AlgorithmWatch

staltung, die Entwicklung, die Verwendung oder die Ausbeutung von Systemen der künstlichen Intelligenz zum Schutz wesentlicher nationaler Sicherheitsinteressen [...] anzuwenden ...“

Auch Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Einsatz von Geheimdiensten im Ausland und Spionageabwehr müssten möglich sein, wenn diese „im

Einklang mit geltendem Völkerrecht“ durchgeführt würden. Das könnte Türen öffnen für den Einsatz von KI, etwa zur Gesichtserkennung im öffentlichen Raum oder im Zusammenhang mit Grenzschutzinteressen.

Bürgerrechtsorganisationen und zahlreiche Wissenschaftler:innen warnen daher in einem offenen Brief an die verhandelnden Staaten vor einer Verwässerung der Rechte von Bürger:innen und Nutzer:innen. „Eine ausgehöhlt Konvention wird nur wenig ernsthaften Schutz für Personen vor mächtigen KI-Systemen bieten, die anfällig sind für Voreingenommenheit, menschliche Manipulation und die Destabilisierung der demokratischen Institutionen“, heißt es in dem Brief, den unter anderem die Oxford-Professorin Sandra Wachter und der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar unterzeichnet haben. Die Regeln müssten gleichermaßen für den öffentlichen und privaten Sektor gelten und dürften keine Schlupflöcher für Zwecke der nationalen Sicherheit oder Verteidigung zulassen.

Zu schlecht vorbereitet auf die Klimakrise

Die EU-Umweltagentur warnt, dass Europa dringend ein besseres Risikomanagement braucht

Von **Eric Bonse**, Brüssel

Europa erwärmt sich von allen Kontinenten der Welt am schnellsten. Doch die EU ist nicht ausreichend auf die Klimakrise und ihre Folgen vorbereitet, warnt die Europäische Umweltagentur (EEA). Viele Risiken hätten bereits kritische Niveaus erreicht und könnten ohne Sofortmaßnahmen katastrophale Ausmaße annehmen.

Es ist das erste Mal, dass die Agentur einen Bericht zur Bewertung des Klimarisikos vorlegt. Die EU-Kommission will darauf am Dienstag mit einem Aktionsplan antworten. Mit ihrem „Green Deal“ versucht die EU-Behörde schon seit 2019, den Ausstoß von Treibhausgasen einzudämmen. Zur Anpassung an die Klimakrise ist jedoch nicht viel passiert.

Nun legen die EEA-Experten den Finger in die Wunde. Sie haben nicht nur ein, sondern gleich 36 Klimarisiken für Europa identifiziert. „Unsere Analyse zeigt, dass Europa mit dringenden Klimarisiken konfrontiert ist, die sich schneller entwickeln als unsere gesellschaftliche Vorsorge“, warnt EEA-Chefin Leena Ylä-Mononen. Besonders dringlich sei es, funktionierende Ökosysteme zu erhalten, die Menschen vor Hitze zu schützen und Menschen und Infrastruktur gegen Überschwemmungen und Waldbrände abzusichern. Dazu müssten Mechanismen für gegenseitige Unterstützung gestärkt werden, etwa der EU-Solidaritätsfonds, der Mitglieder bei Notlagen hilft.

Auch das europäische Wirtschafts- und Finanzsystem ist mit zahlreichen Klimarisiken konfrontiert, heißt es in dem Bericht. Klimaeckwerte könnten beispielsweise zur Erhöhung von Versicherungsprämien führen. Sie können aber auch Vermögenswerte und Hypotheken gefährden und höhere Ausgaben und Kreditkosten für den Staat nach sich ziehen. „Wenn jetzt nicht entschieden gehandelt wird, könnten die meisten Klimarisiken bis zum Ende dieses Jahrhunderts ein kritisches oder katastrophales Ausmaß erreichen“, warnen die Experten. „Hunderttausende Menschen würden durch Hitzewellen sterben“. Allein die wirtschaftlichen Verluste durch Überschwemmungen an den Küsten könnten mehr als eine Billion Euro pro Jahr betragen.

Die Klima-Anpassung müsse endlich ernst genommen werden, fordert die SPD-Europaabgeordnete Delara Burkhardt. Wenn nichts geschehe, hätten die Folgen des Klimawandels „das Potenzial, Europa auseinanderzureißen“. Besonders groß ist das Risiko nach Angaben der EEA in Südeuropa. Die Südländer seien besonders durch Waldbrände, Hitze und Wasserknappheit betroffen.

Krieg bringt neue Waffenströme

Der Angriff auf die Ukraine hat einen Boom in der Rüstungsindustrie ausgelöst. Die Einfuhren in Europa haben sich verdoppelt, die USA verkaufen mehr Kampfgerät und Russland veräußert weniger

Von **Tanja Tricarico**

Mehr als zwei Jahre nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine schlägt sich auch in Zahlen nieder, wie stark Europa aufrüstet. Nach Angaben des Stockholmer Instituts für Internationale Friedensforschung (Sipri) importierten europäische Staaten zwischen 2019 und 2023 nahezu doppelt so viele Waffen wie zwischen 2014 und 2018.

Den höchsten Zuwachs verzeichnet – wenig überraschend – die Ukraine. Laut Sipri wurde sie innerhalb der vergangenen fünf Jahre zum viertgrößten Importeur weltweit und zum größten innerhalb Europas. Auch Großbritannien und die Niederlande importierten deutlich mehr Waffen also noch im Zeitraum zwischen 2014 und 2018. Auf den ersten drei Plätzen sind Indien, Saudi-Arabien und Katar.

Am meisten profitieren die USA vom Kriegsgeschehen und steigerten ihre Rüstungsexporte um rund 17 Prozent und liefern an rund 107 Staaten. Die USA hätten ihre globale Rolle als Waffenlieferant ausgebaut, analysieren die Wissenschaftler in ihrem Report. Es hätte mehr Waf-fenexporte in mehr Länder als je zuvor gegeben. Dies sei vor allem wichtig, um ihre außenpolitische Bedeutung zu stärken. Die Top-Handelspartner der USA sind Saudi-Arabien, Japan und Katar. Rund 39 Prozent aller ukrainischen Importe stammen aus den Vereinigten Staaten, gefolgt von Deutschland und Polen. Insgesamt lieferten rund 30 Staaten Waffen und Kriegsgüter an die Ukraine innerhalb der vergangenen zwei Jahre. Deutschland zählt neben den USA zu den größten Waffenlieferanten in die Ukraine.

Sipri-Forscher Pieter Wezman geht davon aus, dass die europäischen Rüstungsim-porte sehr hoch bleiben werden. Insbesondere die Nachfrage nach Luftabwehrsystemen hätte enorm zugenommen. Dies werde vermutlich auch in den kommenden Jahren in dieser Weise anhalten. Auch wenn die EU ihre eigene Rüstungsindustrie ankurbeln, besser koordinieren und vorantreiben will. Erst in der vergangenen Woche hatte die EU ihre neue Rüstungsstrategie vorgestellt. Ziel ist es, vor allem von den USA und ihren Waffenlieferungen unabhängiger zu werden. Ob dies allerdings in den kommenden Jahren gelingen wird, bezweifeln Militärexpert:innen. Bisher gab es nur einzelne Zusammenschlüsse von Staaten und kaum eine koordinierte Rüstungsstrategie.

Russland landete vor 2019 noch an zweiter Stelle der Exporteure. Da die Waffen offensichtlich im eigenen Land gebraucht werden, fielen die russischen Exporte jetzt geringer aus. Laut Sipri kam es allein 2023 zu einem Rückgang um rund 52 Prozent im Vergleich zu 2022. Russland produziert vorwiegend im eigenen Land und für das eigene Land. Allerdings seien zwischen 2022 und 2023 Bomben aus dem Iran und Raketen aus Nordkorea eingeführt worden.

Im Ranking der Exporteure überholt Frankreich nun Russland und wird zweitgrößter Lieferant. Rund 30 Prozent des französischen Kriegsgeräts landeten in Indien, weitere Exporte gingen nach Katar und Ägypten. Auch Deutschland und China zählen zu den Top 5 bei den Exporteuren.

15 Jahre
taz ♦ panterstiftung

Hilfe!

Migrationsfragen nicht den Rechten überlassen

2024 wählt die Europäische Union ein neues Parlament. Das Thema Migration wird Wahlkampfthema sein. In einem Workshop mit Journalist:innen aus Italien, Griechenland, Deutschland, Libanon und Tunesien wollen wir Konzepte für eine konstruktive Berichterstattung entwickeln. Mehr Infos zu unserem Europawahl-Workshop gibt es hier: taz.de/migration-europa

Spenden Sie jetzt, damit wir in den Wahlkampf mit Fakten und News eingreifen können: taz.de/spenden

Jede Spende ist steuerlich absetzbar